



Kleine Anfrage
der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)
und Antwort
der Landesregierung – Finanzministerin

**Sachstand der Standortsuche für ein Katastrophenschutzlager - Stand
März 2026**

1. Wie ist der Sachstand der Standortsuche für ein Katastrophenschutzlager des Landes als Ersatz für den im Juni 2030¹ wegfallenden Standort in der ehemaligen Rantzau-Kaserne in Boostedt?
2. Wurden bereits konkrete Standorte identifiziert? Wenn ja, wurden diese schon näher begutachtet?
3. Mit welchen (Mehr-)Kosten rechnet die Landesregierung durch einen wahrscheinlichen Standortwechsel?

Antwort:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen wie folgt beantwortet:

Ob der Standort auch künftig genutzt werden kann oder ob eine neue Lösung gesucht werden muss, wird derzeit noch geprüft. Dazu steht die Landesregierung in einem guten Austausch mit der Bundeswehr. Durch einen

¹ Vgl. Umdruck 20/6287.

Verbleib am aktuellen Standort oder einem anderen Standort in Boostedt würden wertvolle Synergieeffekte zwischen Bundeswehr und Land entstehen, etwa durch kurze Abstimmungswege, effiziente Logistik und die bessere Verzahnung von zivilen und militärischen Kräften.

Gleichwohl wurde, unmittelbar nachdem die längerfristigen Rahmenbedingungen für den Standort Boostedt mit dem Bund sowie landesintern und mit der Kommune abgestimmt waren, seitens des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport das Verfahren der Bedarfsplanung nach dem Handbuch für die Durchführung von Bauaufgaben des Landes Schleswig-Holstein (HBBau) eingeleitet. Erst nach Abschluss der Bedarfsplanung durch die GMSH können verbindliche Aussagen zur Verortung und zu möglichen (Mehr-)Kosten getätigt werden.